

Bertelsmann - nicht Teil der Lösung , sondern Teil des Problems!

- Die GEW Bayern schließt sich den Forderungen der Bertelsmannkritischen Tagung vom 27. Oktober 2007 an („Frankfurter Appell gegen Bertelsmann 2007: www.antibertelsmann.de/2007/AufrufBertelsmann2007.pdf“).
- Die LVV beauftragt den Landesvorstand, das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus aufzufordern, eine Übersicht über den bisherigen Stand der Kontakte der Bertelsmann-Stiftung mit der Bildungsbehörde sowie den öffentlichen Bildungseinrichtungen im Lande Bayern zu erstellen und zusammen mit den bestehenden Verträge zwischen privaten Stiftungen und Beraterfirmen einerseits und dem Freistaat Bayern andererseits sofort zu veröffentlichen.
- Es ist zu überprüfen, ob tatsächlich von einer Zusammenarbeit der Landes- wie Bundes-GEW mit der Bertelsmann-Stiftung geredet werden kann. Dazu bedarf es der Schaffung von Transparenz, wann, wo und in welchem personellen und finanziellen Umfang gemeinsame Projekte laufen und liefen, wann und wo ehemalige und aktive GEW-FunktionärInnen an Gremien der Bertelsmann-Stiftung bzw. Kommissionen oder Projekten teilgenommen haben bzw. teilnehmen. Die LVV beauftragt den Landesvorstand, diese Überprüfung beim Bundesvorstand zu beantragen.
- Sollte sich dabei herausstellen, dass es sich nur um kritische Teilnahmen und nicht um wirklich inhaltliche bzw. praktische Zusammenarbeit handelt bzw. handelte, soll dem Hause Bertelsmann und anderen untersagt werden, weiterhin von einer Zusammenarbeit zwischen GEW und Bertelsmann-Stiftung zu sprechen.
- Sollte es tatsächlich eine nennenswerte Zusammenarbeit zwischen der GEW und der Bertelsmann-Stiftung, dem Bertelsmann-Konzern und/oder Töchtern des Bertelsmann-Konzerns gegeben haben bzw. geben, ist diese selbstkritisch zu bewerten, einzustellen und keine neue zu vereinbaren.
- Für die Zeit der Überprüfung sind die Kontakte der GEW zur Bertelsmann-Stiftung, zum Bertelsmann-Konzern und/oder zu Töchtern des Bertelsmann-Konzerns einzufrieren.

Begründung:

Ob es

- die Blaupausen zum gewaltigsten Angriff nach 1945 (Agenda 2010, Hartz-Gesetzgebung) auf den Lebensstandard der abhängig Beschäftigten sind,
- die Umgestaltung des öffentlichen Bildungssektors in einen von Profitmaximierung bestimmten „freien“ Markt,
- die Umlenkung der Zahlungsströme weg von staatlicher, steuerbasierter Bildungsfinanzierung hin zur (noch größeren) Belastung der einzelnen BildungsnehmerInnen, (Bildungsgutscheine, Bildungskonten, KiTa-card, Studiengebühren, ...),
- die Aushebelung von Mitbestimmung in Betrieben und Institutionen,
- die völlige Aushebelung des gesetzlichen Kündigungsschutzes,
- die Abschaffung der Gewerbesteuer,
- die Halbierung des Sozialhilfe-Sockelbetrags unter Inkaufnahme noch größerer Kinderarmut,
- der Einstieg in die Privatisierung von Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung („Kapitaldeckung“
- die Privatisierung der öffentlichen Verwaltungen in Deutschland und Zentraleuropa,
- die Ermunterung zu weltweiten Präventivkriegen („präventive weltweite Militärmissionen“),
- die Ermunterung zu einem deutschen Zugriff auf französisches und britisches Atomwaffenpotential mittels Europäischer Armee unter deutsch-französisch-britischer Führung,
- das Ersetzen des Asylrechts durch „humankapitalorientiertes Strömungsmanagement“,
- und last not least die weitere Entdemokratisierung dieser Gesellschaft

ist - in all unseren gewerkschaftlichen Verteidigungskämpfen gegen diese und noch weitere Angriffe sehen wir immer wieder die Bertelsmann-Stiftung an entscheidender, Impuls und Geld gebender und vernetzender Stelle auf Seiten derer, die diese Angriffe gegen uns vortragen - zynischerweise auch noch mit unseren Steuermitteln:

Die 1977 vom Konzern-Patriarchen Reinhard Mohn persönlich gegründete Stiftung ist heute der mit Abstand einflussreichste Politikberater im Land. Und da sie offiziell als „gemeinnützig“ agiert, auch gleich ganz oder teilweise von Steuerzahlungen befreit.

Während es bspw. in den USA untersagt ist, dass eine steuerbegünstigte Stiftung mehr als 20 Prozent der Anteile eines Unternehmens hält, hält die Bertelsmann-Stiftung bereits mehr als drei Viertel der Anteile der Bertelsmann AG, einem der bedeutendsten Medien-, Bildungs- und Dienstleistungsriesen weltweit – und spart somit – ganz im Sinne ihres Stifters – einen Großteil der Steuern ein.

Die mit diesen Mitteln agierende Stiftung will mit ihren Projekten nicht nur „Reformwerkstatt zum Umbau (!!) der BRD“ sein, sondern auch „Garant der Unternehmenskontinuität“. Das uneingeschränkte Stimmrecht in Konzern und Stiftung liegt bei den Mitgliedern der Familie Mohn. Die Stiftung unterliegt keinerlei externen Kontrolle.

Inzwischen gehen StiftungsmitarbeiterInnen in Kommunalverwaltungen wie Landesregierungen ein und aus und werden nicht nur von Abgeordneten und Ministern regelrecht hofiert, auch von der Kanzlerin und dem Bundespräsidenten selbst.

Bleibt zu hoffen, dass diese Farce bald ein Ende findet – und Politik und Gesellschaft, aber auch Gewerkschaften diese Stiftung als das begreifen, was sie einzig ist: eben nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems!

Weiterführende Literatur:

WERNER BIERMANN, ARNO KLÖNNE: Agenda Bertelsmann. Ein Konzern stiftet Politik. PapyRossa-Verlag, Köln 2007.

GIAN TREPP: Bertelsmann. Eine deutsche Geschichte. Unionsverlag, Zürich 2007.

JENS WERNICKE, TORSTEN BULTMANN (Hg.): Netzwerk der Macht - Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh. Verlag des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Marburg 2007.